Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 78. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen die traurige Mitteilung zu machen, dass gestern Nachmittag unser geschätzter Kollege **Wolfgang Aßbrock** nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von nur 55 Jahren **verstorben** ist.

Traurig und bewegt müssen wir Abschied nehmen von einem lieben Menschen, von dessen Krebsleiden wir zwar wussten, dessen plötzlicher Tod uns aber doch völlig überrascht und umso mehr erschüttert hat.

Wolfgang Aßbrock wurde in seinem Herforder Wahlkreis 2005 direkt in den Landtag Nordrhein-Westfalen gewählt.

Die parlamentarische Arbeit des erfahrenen Kommunalpolitikers war geprägt von großem Engagement und beeindruckender Sachkenntnis, die er im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie im Ausschuss für Bauen und Verkehr einbrachte.

Sein Herz hing aber auch an der Politik in seiner ostwestfälischen Heimat. So gehörte er fast 30 Jahre dem Rat seiner Heimatstadt Enger an. Zudem war er Mitglied des Regionalrates Ostwestfalen-Lippe, zuletzt als dessen Vorsitzender. Ebenso engagierte sich Wolfgang Aßbrock über viele Jahre in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe. Darüber hinaus war er Mitglied im Kreistag des Kreises Herford seit 2004.

Wer mit Wolfgang Aßbrock, einem Mann der eher leisen Töne, in Kontakt kam, der spürte schnell, mit welch großer Energie und Verbindlichkeit er seine politischen Ziele verfolgte. Gleichwohl war es seine Warmherzigkeit, mit der er so sehr überzeugen konnte. Das machte den Christdemokraten über die Fraktionsgrenzen hinweg beliebt.

Wir alle verlieren einen geschätzten Kollegen, aber viele auch einen guten Freund.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird Wolfgang Aßbrock ein ehrendes Gedenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben haben.

Meine Damen und Herren! Zur heutigen Sitzung heiße ich Sie herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt;** ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, **vor Eintritt in die Tagesordnung** teile ich Ihnen mit, dass die Fraktionen von CDU und FDP beantragt haben, die **Tagesordnung** der heutigen Sitzung gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu **ergänzen.** Als neuer Tagesordnungspunkt 3 soll heute die dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung in Drucksache 14/4973 „Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts“ in die Tagesordnung aufgenommen werden. Als Redezeit wurde Block I vorgeschlagen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig so **beschlossen.**

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Qualitätsoffensive für unsere Schulen statt Fortsetzung der alten Strukturdebatte

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5531

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5713

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Kollegen Solf von der CDU-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Einige haben es leider immer noch nicht verstanden: In Fragen der Schulpolitik geht es nicht darum, Recht behalten zu wollen. Es geht darum, das zu tun, was am besten für unsere Kinder ist.

(Beifall von der CDU)

Jeder einzelne unter Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, der in diesem Moment schon wieder ganz genau weiß, was das Beste für unsere Kinder ist, liegt falsch. Wer hier und jetzt die leichten Lösungen kennt, hat entweder das Denken eingestellt, oder er ist verantwortungslos.

dafür in Kauf zu nehmen, dass wir falsche Anreize und falsche Rechtsrahmen setzen. Das ist mein Argument.

Ich will deshalb noch einmal Folgendes sagen, Herr Priggen: Wir haben erreicht, dass wir sogar im Neubausektor ohne eine Festlegung der Technologie auskommen. Wenn es auf anderem Wege gelingt, die Vorgaben der Energieeinsparverordnung zu unterbieten, also zum Beispiel ein Passivenergiehaus zu bauen, kann man damit auch ohne erneuerbare Energien einen erheblichen Beitrag zu einer CO_2-Reduzierung leisten.

(Beifall von CDU und FDP)

Es wäre falsch, diese Wege auszuschließen. Deshalb darf man von einem Gesetz nicht alles erwarten. Wir haben Argumente dafür, Varianten zuzulassen, die als Erfüllung des Gesetzesziels gelten können. Dass man diese Möglichkeiten erweitert, war unser Punkt.

Ich glaube auch nicht, dass es uns hilft, laufend die CO_2-Vermeidungskosten zu vergleichen. Ich stimme Ihnen zu, dass wir im Gebäudebestand besser werden können und müssen. Das ist unbestritten; denn dort verplempern wir besonders viel Energie. Der Bund hat im Rahmen dieser Beratungen jetzt aber ein zusätzliches Förderprogramm aufgelegt, dessen Volumen im Zuge der Kabinettsberatungen gegenüber der Vorlage sogar noch einmal erhöht wurde.

Lassen Sie uns doch dieses Programm, das ab Februar oder März umgesetzt wird, möglichst umfänglich mit allen gemeinsam hier im Land verbreiten, damit es stark in Anspruch genommen wird, und nicht schon wieder etwas draufsatteln. Ich habe etwas dagegen, dass wir noch nicht einmal drei Monate geduldig die Wirkung jeder einzelnen Maßnahme abwarten können und gleich schon wieder eine neue Forderung aufstellen. Das wird nichts.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine letzte Anmerkung, Herr Stinka: Im Klimapaket der Bundesregierung ist ein Element enthalten, das Sie auf Landesebene überhaupt nicht umsetzen können, nämlich die Regelung zu den energieeffizienten Produkten. Wir haben im Ausschuss und in meinem Haus einige Male mit vielen Fachleuten darüber gesprochen.

Die Klassifizierung von Elektrogeräten hat in den letzten Jahren aus der Perspektive der Verbraucher ihren Sinn verloren, weil die Leistungsfähigkeit der Geräte enorm gesteigert worden ist. Jetzt sind nämlich alle Produkte als A, AA und AAA eingestuft, sodass niemand mehr weiß, ob er nun ein günstiges oder ein ungünstiges Produkt gekauft hat.

Deshalb haben wir uns gemeinsam für eine neue Kennzeichnungspflicht stark gemacht – und das muss europaweit erfolgen –, damit der Verbraucher weiß, wie viel Strom ein Gerät im Monat benötigt – ob er nun einen Föhn, einen Kühlschrank oder sonst etwas kauft. Dann weiß er, was er gekauft hat. Diese Vergleichsmöglichkeit hat der Kunde bisher nicht.

Das ist auch aus der Perspektive von Vaillant und anderen Lieferanten ein wichtiges Element, Herr Stinka.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, wenn ich es richtig sehe, haben wir jetzt die Beratung beendet.

Dann stimmen wir ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 14/5576** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend –, den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie den **Ausschuss für Bauen und Verkehr.** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4973

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/5588

dritte Lesung

Da eine Rücküberweisung an den Ausschuss nicht erfolgte, ist die Empfehlung zur zweiten Lesung auch die Beratungsgrundlage zur dritten Lesung.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Da-

men und Herren! Da der Jahreswechsel in Sichtweite ist, wurde in einem Gespräch am gestrigen Abend auch die Ihnen sicher bekannte Traditionssendung „Dinner for One“ erwähnt. Ich fühlte mich bei dem Kernsatz „Der gleiche Ablauf wie in jedem Jahr, Miss Sophie? – Der gleiche Ablauf wie in jedem Jahr, James“ doch sehr an die Vorgehensweise der Opposition erinnert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, Ihnen ist es gleich, ob geänderte Rahmenbedingungen eine Reaktion verlangen. Ihnen ist es gleich, ob eine Aufgabe bürgernah erledigt werden kann. Ob es sich um die Befreiung von kommunal belastenden Standards, um die Straffung der Behördenstruktur oder um die gesamte Verwaltungsstrukturreform handelt – Sie malen mit viel Getöse einen neuen Pinselstrich auf Ihr landespolitisches Untergangsgemälde und meinen, das wäre schon eine Leistung an sich.

Wenn Ihnen wirklich an weiteren Beratungen und mehr inhaltlicher Auseinandersetzung mit dem Thema „Kommunalisierung der Umweltverwaltung“ gelegen wäre, Frau Schulze, warum verlässt die SPD dann die Sitzung des Umweltausschusses just in dem Moment, als es um die Diskussion zu diesem Thema geht?

(Svenja Schulze [SPD]: Weil Sie nicht mit uns diskutieren wollen!)

Warum behauptet Herr Körfges von der SPD oder Herr Becker von den Grünen, sowohl im Ausschuss als auch vorgestern im Plenum, Ihnen wären wichtige Informationen – dabei ging es um das Protokoll der Anhörung – zu spät zugesandt worden, obwohl ich Ihnen bereits im Ausschuss nachgewiesen habe, dass dies nicht der Fall war?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in ausreichender Zeit wurden alle Argumente zur Kommunalisierung der Umweltbehörden ausgetauscht. Ich möchte sie kurz zusammenfassen.

Erstens. Nach einer Aufgabenkritik werden Aufgaben, die kommunal erledigt werden können, zukünftig auch von den Kommunen erledigt. Das bedeutet in 70 % der Fälle kürzere Wege und verknüpft vorhandene Kompetenzen bei den Kreisen mit den neu hinzugekommenen.

Zweitens. Für 30 % der Fälle, für die hochkomplexen Anlagen im Bereich des Umweltrechtes, bleiben weiterhin die Bezirksregierungen zuständig.

Drittens. Der Aufgabe folgt das Personal. Hier hat der Änderungsantrag von CDU und FDP die geforderte Verbesserung der finanziellen Ausstattung im Sinne der kommunalen Spitzenverbände für die Kommunen erreicht.

Viertens. Weitere Fragen der Konnexität wurden durch die Ministerien aus unserer Sicht hinreichend geprüft.

Die von Ihnen ins Feld geführten Argumente sind aus unserer Sicht nicht stichhaltig. Die dazu vorliegenden Pressemeldungen des Landkreistages und mehrerer Landkreise, also der Betroffenen vor Ort, die im Übrigen unseren Weg durchweg unterstützen, sind Ihnen von Herrn Ortgies, von Minister Wolf und auch von mir bereits genannt worden.

Den gesamten Vorgang der Kommunalisierung der Umweltverwaltung hat die Landesregierung offen und ehrlich, transparent und fair gestaltet.

(Lachen von Svenja Schulze [SPD])

Nur die Opposition in diesem Land sieht das etwas anders.

(Beifall von der CDU)

Frau Schulze, Herr Remmel, ich bin sehr gespannt und freue mich darauf, welche neuen Argumente Sie für die SPD und die Grünen in der Debatte vortragen werden. Ich habe jedoch die begründete Sorge, dass Sie der Maxime der genannten Sendungen an Silvester folgen werden: „The same procedure as every year.“ Nichts Neues von der Opposition in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Schulze das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Löttgen, an Admiral von Schneider kann man anknüpfen. „The same procedure as every year.“ Sie versuchen wieder einmal, ein Gesetz durchzupeitschen, obwohl Sie in der Expertenanhörung doch ganz genau mitbekommen haben, welche Kritik geäußert worden ist.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie bedienen jedes Klischee!)

Es muss Sie doch nachdenklich machen, dass es Ihnen gelungen ist, etwas Historisches zu erreichen: Die Umweltverbände und die IHK kämpfen gemeinsam massiv gegen dieses Gesetz. Dass Sie das nicht zum Nachdenken bringt, wundert mich wirklich.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bedenken sind Ihnen völlig egal. Sie zerschlagen eine funktionie-

rende Verwaltung. Deswegen werden wir das Gesetz auch in der dritten Lesung ablehnen.

Ich will Ihnen in der Kürze der Zeit drei Gründe dafür nennen: Mit diesem Gesetz schaden Sie dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Mit diesem Gesetz gefährden Sie die Umwelt und vor allen Dingen die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das Gesetz wird nicht dazu führen, dass Umweltrecht vor Ort wirklich überwacht und umgesetzt werden kann.

Herr Welge vom Städtetag hat uns in der Anhörung noch einmal eindringlich davor gewarnt, dass es mit diesem Gesetz zu Vollzugsdefiziten vor Ort kommen wird, weil das Personal nicht mehr ausreicht.

Was heißt nun Vollzugsdefizite? – Das ist ein sehr abstraktes Wort. Das hat uns die IHK näher erläutert, die nämlich befürchtet, dass sich die Genehmigungsverfahren deutlich verlängern werden, dass es in Nordrhein-Westfalen eben keine einheitlichen Standards bei der Genehmigung geben wird und dass damit dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen geschadet wird.

Herr Pieper von der Niederrheinischen IHK hat das in der Anhörung wunderbar zusammengefasst. Ich möchte Ihnen dieses Zitat heute noch einmal vorlesen. Er hat gesagt:

> „Das wird für die Unternehmen eine Belastung sondergleichen werden. Wir werden längere Verfahren und – anders als bislang – Unsicherheiten über den Verfahrensausgang sowie zusätzliche Kosten bekommen. Damit ist weder der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, noch dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen gedient. Das ist für mich der zentrale Kritikpunkt an diesem Gesetzentwurf.“

Weiter sagt er:

> „Denken Sie bitte noch einmal darüber nach. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“

Diesem Zitat schließen wir uns gerne an.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie schaden aber auch den Menschen und der Umwelt in Nordrhein-Westfalen. Sie wissen, dass wir ein hoch verdichteter Standort sind. Es gibt hier sehr viel Industrie. Die wenige Umwelt, die wir haben, brauchen wir für die Naherholung und für die Menschen. Wir hatten eine Umweltverwaltung, die sich darum gekümmert hat, dass es saubere Luft gibt, die auf die Böden geachtet und sich um das Wasser gekümmert hat.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das bleibt auch so!)

In dieser Verwaltung war der gesammelte Sachverstand, das Know-how vorhanden. Das zerschlagen Sie und verteilen es auf die Kommunen, sodass jede Kommune noch ein Viertel Know-how hat. Damit kann man aber kein komplettes Genehmigungsverfahren mehr durchführen. Sie sorgen dafür, dass die Fachleute und der Sachverstand in Nordrhein-Westfalen nicht mehr vorhanden sind. Sie sorgen dafür, dass dieses Know-how zerschlagen wird. Sie sorgen dafür, dass sehr viele Leute den goldenen Handschlag annehmen und in den Vorruhestand gehen

(Bodo Löttgen [CDU]: Das ist ein Untergangsszenario!)

und dass Leute mit technischem Know-how nicht mehr in der Verwaltung vorhanden sind. Sie sorgen dafür, obwohl Sie wissen, dass es neue Aufgaben geben wird. In der Anhörung ist noch einmal eindringlich darauf hingewiesen worden, dass mit dem EU-Recht neue Aufgaben auf uns zukommen werden. Mehr Sachverhalte werden von der EU gesetzlich geregelt. Wir müssen vor Ort mehr umsetzen. Sie gehen hin und reduzieren in dieser Phase das Personal, indem Sie es über das ganze Land verstreuen. Mehr Aufgaben, weniger Personal, das Personal nicht mehr gesammelt an einigen Stellen, sondern über das Land verteilt – Sie fahren eine funktionierende Verwaltung zurück.

Noch einmal: Das wird im Umweltbereich sichtbar werden. Wir werden irgendwann wieder eine Katastrophe haben. Dann werden Sie hier stehen und sagen: Wer war denn wohl dafür verantwortlich? Ich sage Ihnen hier und heute: Sie sorgen dafür, dass die Verwaltung keine vernünftige Umsetzung mehr machen kann. Deswegen appelliere ich an Sie: Schließen Sie sich doch einfach der IHK an. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Lehnen Sie dieses Gesetz ab. Es hat keine weiterführende Funktion. Es ist wirklich so, dass Sie damit die Umweltverwaltung und den Vollzug von Umweltgesetzen vor Ort kaputt machen. Man weiß nicht, ob Sie das wirklich wollen. Wenn Sie es nicht wollen, dann hören Sie mit diesem Gesetz auf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Ellerbrock.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Mr. Winterbottom!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will vier Punkte ansprechen.

Erstens. Wir haben eine Anhörung gehabt. Wir sind nicht beratungsresistent. Wir haben kritische Anregungen aufgegriffen, was sich unter anderem darin zeigt, dass mehr als ein Drittel der gewerbeaufsichtlich zu genehmigenden Anlagen in der staatlichen Verwaltung bleibt. Hier haben wir uns von dem Motto leiten lassen: Nur derjenige, der tagtäglich mit solchen Problemkreisen umgeht, kann sachlich kompetent, rechtssicher und schnell entscheiden. Die damit verbundene Kritik der IHK und der Verbände ist darin eingeflossen. Zumindest die Wirtschaft erkennt das an.

Zweitens. Worum geht es heute? Worin liegt der Streitpunkt? – Sie haben diese dritte Lesung beantragt. Gestern haben wir festgestellt, dass wir eine unterschiedliche Auffassung hinsichtlich der Mitbestimmungspflicht im Gesetz hatten. Hier stehen Aussagen des Verwaltungsgerichts Düsseldorf den Aussagen aus den Bereichen Köln, Minden und Aachen entgegen. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, haben die Fraktionen den strittigen Punkt herausgenommen. Na und? Das ist doch ganz vernünftig.

Drittens. Das Verfahren ist, wie Sie sagen, hinsichtlich der Beurteilung problematisch gewesen. Auch da muss ich sagen: Es mag nicht glücklich gewesen sein. Vom Prinzip her ist es nicht zu beanstanden, denn der Antrag wird im mitberatenden Ausschuss beraten. Änderungsanträge werden im federführenden Ausschuss beraten. Die einzige Problematik liegt darin, dass diese Ausschüsse praktisch parallel getagt haben. Vom Prinzip her ist also nichts zu beanstanden, sondern lediglich der kurze Zeitraum.

Meine Damen und Herren, Ihre Vorwürfe, die Sie und der Kollege Jäger in den letzten Tagen vorgebracht haben, wären um so glaubwürdiger, wenn Sie sich in Ihrem Verwaltungshandeln und Ihrem politischen Handeln in der letzten Legislaturperiode überzeugend anders verhalten hätten.

(Carina Gödecke [SPD]: Das hat der Kollege alles schon vor zwei Tagen erzählt!)

Ersparen Sie mir, die Vorwürfe zu wiederholen. Ich denke an das Landeswassergesetz, an die Haushaltsberatungen und an das Landesplanungsgesetz, zu dem Sie über 50 redaktionelle Änderungen am Tag der Verabschiedung eingebracht hatten.

Viertens die sachliche Ebene: Meine Damen und Herren, Sie haben sicherlich im besten Bemühen um eine vernünftige Lösung – das spreche ich Ihnen überhaupt nicht ab – in der letzten Legislaturperiode mit großem Aufwand angekündigt und versucht, eine Verwaltungsstrukturreform herbeizuführen. Geblieben ist letztendlich als einzige größere Maßnahme die Eingliederung des Landesoberbergamtes in die Bezirksregierung Arnsberg. Alles andere ist bei Ihnen im Orkus verschwunden.

Diese Verwaltungsstrukturreform, die diese Landesregierung hier vorlegt – ich will nicht sagen, dass es die Stein-Hardenberg'schen Reformen sind –, ist im Gegensatz zu Ihren letztendlich mickrigen Ergebnissen eine Verwaltungsstrukturreform, die den Namen verdient hat. Dass Sie diese Aufregung hier womöglich aus Neid auf diesen Erfolg generieren, kann ich nicht verstehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie sollten vorsichtig sein, wenn es darum geht, Ihre Leistungen und Ihre Aussagen mit dem in Zusammenhang zu bringen, was diese Landesregierung und diese Oppositionsfraktionen hier geleistet haben.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie sind die Koalition! Aber das ist schon okay! 2010 ändern wir das!)

Das ist eine Verwaltungsstrukturreform, die sicherlich erhebliche Auswirkungen hat; allerdings wollen wir diese Auswirkungen. Das, was Sie hingegen wollten, ist demgegenüber ein Nullum. Es läuft asymptotisch gegen null. Es ist nichts. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Ellerbrock. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Remmel.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Die Herren Stein und Hardenberg haben sich gerade im Grab umgedreht bei Ihrer Rede, Herr Kollege!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vor zwei Tagen hier gesagt, dass die Herren Uhlenberg, Palmen und Wolf den Sekt schon mal kalt stellen könnten. Heute können sie ihn aufmachen.

Um mit Müntefering zu sprechen: Gut für Kaputtmacher, schlecht für Mensch und Umwelt. – „Skol!“, um im Bild zu bleiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe gedacht, zwei Tage würden den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung vielleicht Gelegenheit geben, die offenen Fragen – es gibt eine Reihe von offenen Fragen bei diesem Gesetzgebungsverfahren – zu klären. Es ist aber keine einzige Frage beantwortet worden.

Zur Mitbestimmung: Warum wird über fest verankerte Rechte der Mitbestimmung so hinweggegangen? – Es gibt schließlich Unterschiede. Die Bezirksregierung Arnsberg beteiligt die Mitarbeiter ordentlich. In den anderen Bezirksregierungen werden sie nicht ordentlich beteiligt. Warum gibt es diese Unterschiede? Warum wird in diesem Land so mit Mitbestimmungsrechten umgegangen? – Sie haben diese Frage nicht beantwortet.

Zum Vollzug: Alle Expertinnen und Experten sowie die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände haben gesagt, dass es jetzt schon Vollzugsdefizite gebe und dass infolge des Übergangs noch mehr Vollzugsdefizite entstehen würden. Sie haben diese Frage nicht beantwortet. Was passiert denn ab dem 1. Januar mit dem mangelnden Vollzug? – Darauf müssten Sie eine Antwort geben, aber auch hier gilt: Fehlanzeige!

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Sie müssten mal zuhören!)

Was ist mit dem Argument, dass der Sachverstand versprengt, zerbröselt und verpulvert wird? – Auch darauf erfolgte keine Antwort von Ihrer Seite.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nur Sprechblasen!)

Sie sagen immer, es gehe darum, nah bei den Menschen, nah bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sein. Da frage ich mich: Wer sind denn diejenigen, die etwas von den Umweltbehörden wollen? – Das sind die Kundinnen und Kunden. Das sind doch nicht die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Kundinnen und Kunden, also die Wirtschaft und die Umweltverbände, waren bisher zufrieden. Sie haben Zufriedenheit geäußert. Also, wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger befragt hätten, ob sie mit unserer Umweltverwaltung zufrieden gewesen seien, hätten Sie positive Rückmeldungen bekommen. Auf dieses Votum hören Sie aber leider nicht. Insofern sind Sie auch auf dieses offene Diskussionsthema bis heute nicht eingegangen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum großen Thema Konnexität: Was gibt das für ein Bild? – Ich kann es an dieser Stelle nur noch einmal erwähnen; Sie sind ja nicht darauf eingegangen: Wenn es Überleitungsverträge gibt – die Musterverträge kennen Sie auch –, in die man oben hineinschreibt, dass es einen Dissens gibt, dann frage ich mich, wo wir in diesem Land eigentlich sind. Die einen sagen, es sei verfassungsrechtlich nicht in Ordnung. Die anderen sagen, es sei verfassungskonform. Das muss man doch klären, bevor man Menschen in andere Behörden umsetzt. Man kann sie doch nicht in diese Rechtsunsicherheit entlassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

So etwas habe ich noch nie erlebt. Das wird Sie noch eine Weile verfolgen.

Deshalb, meine Damen und Herren, richte ich heute noch einmal den Appell an Sie: Lehnen Sie dieses Gesetz ab. Es ist zum Schaden für die Umwelt. Es ist zum Schaden für die Menschen. Darauf werden wir an der einen oder anderen Stelle mit Sicherheit zurückkommen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die Landesregierung erhält jetzt Herr Minister Uhlenberg das Wort.

(Ralf Jäger [SPD]: Der Nachfolger des Herrn Stein!)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ach ja, Herr Abgeordneter Remmel, diese Szenarien, die Sie hier immer malen, gehen nie auf.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Ich erinnere mich noch an all das, was Sie hier veranstaltet haben, als wir die Forstreform auf den Weg gebracht haben. Das sei der Niedergang von Nordrhein-Westfalen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das Ergebnis sieht man doch!)

Davon hören Sie heute nichts mehr. Sie wird sauber umgesetzt. Die Menschen sind zufrieden. Wir haben eine leistungsfähige Forstverwaltung,

(Beifall von der CDU)

und beim Thema Umweltverwaltung ist es genauso.

Zwischen dem, was Sie hier an Empörung immer künstlich hochziehen, und dem, was dann tatsächlich im Rahmen der Umsetzung in der Realität passiert, gibt es große Unterschiede. Deswegen tritt eigentlich nie ein, was Sie voraussagen, und auch bei diesem Gesetzentwurf wird nicht eintreten, was Sie prophezeien. Dass dies eine Opposition entsprechend hochziehen muss und dass es Ihnen auch wehtut, wenn Reformen durchgeführt werden, die Sie möglicherweise nicht gemacht hätten, ist mir klar.

Solche Reformen machen Sie nicht, weil Sie ein anderes Verständnis vom Staat haben. Sie haben ein anderes Verständnis von Subsidiarität. Sie wollen immer alles beim Staat aufhängen. Wir von der Koalition der Erneuerung sind für Subsidiarität. Für Subsidiarität waren die Grünen früher übrigens auch einmal. Die SPD wollte immer alles beim Staat lassen, aber die Grünen waren mal eine Partei, die einmal gesagt hat: Was eine kleinere Einheit erledigen kann – das gilt auch für Verwaltungen –, das soll sie auch erledigen können. Sie hängen aber immer noch an der alten Idee der rot-grünen Regierung, dass eigentlich nur der Staat in der Lage ist, auch im Bereich der Umweltverwaltung die Aufgaben zu bewältigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier wählen wir einen völlig anderen Ansatz. Wir nehmen die Menschen mit. Wir nehmen die Kommunen mit. Aufgaben können zum Teil wegfallen.

(Svenja Schulze [SPD]: Nehmen Sie auch die Wirtschaft mit?)

Aufgaben können privatisiert werden. Ganz wichtige Aufgaben im Bereich der Umweltverwaltung können kommunalisiert werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körfges?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Minister, als ich in meinem Redebeitrag Herrn Schramma, den Oberbürgermeister der Stadt Köln, mit seiner Befürchtung zitiert habe, es werde zu einem Mehr an Bürokratie und zu einem Nachteil für die Wirtschaft kommen, haben Sie ausweislich des Protokolls den Zwischenruf platziert: Das sieht der heute nicht mehr so! – Da Sie eben von Horrorszenarien gesprochen haben, frage ich Sie, ob Sie mir bitte sagen können, wann und wo sich Herr Schramma in eine andere Richtung geäußert hat.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Kollege Körfges, der Oberbürgermeister der Stadt Köln hatte ein ganz bestimmtes Anliegen im Raum des Zaunprinzips. Er war der Auffassung, dass dann die Stadt Köln für die Genehmigung einer Emissionsanlage nicht die Zuständigkeit habe.

Das war eine Detailfrage, die in der Stadt Köln diskutiert worden ist. Andererseits hat er hier seine Interessen als Sprecher der kommunalen Spitzenverbände vertreten.

Das ist ein normaler Prozess. Das kennen wir doch. Deswegen werden diese Anhörungen durchgeführt, und ein Teil der Anregungen aus der Anhörung – der Abgeordnete Ellerbrock ist eben darauf eingegangen –, ist in das Gesetzgebungsverfahren eingeflossen. Dass es dabei unterschiedliche Interessen gibt, mit denen man sich auseinandersetzen muss, ist klar. Die Kommunen wollen möglichst viele Aufgaben wahrnehmen – die kommunalen Spitzenverbände haben sich sehr früh positioniert –, während andere der Auffassung sind, eigentlich solle alles beim Staat bleiben. Das ist ein ganz natürlicher Prozess.

Nach einem Jahr der Umstellung wird diese Diskussion wie bei der Forstreform oder bei den anderen Vorhaben im Bereich der Verwaltungsstrukturreform, die diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat, beendet sein. Deswegen möchte ich zu den Inhalten gar nichts mehr sagen. Es ist ein gutes Gesetz, es ist ein sehr ehrgeiziges Gesetz, Aufgaben, die bisher staatlich wahrgenommen worden sind, im Genehmigungsverfahren auf die kommunale Ebene zu übertragen – im Sinne von Subsidiarität, im Sinne von Aufgabenerledigung vor Ort.

Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung. Von der sozialdemokratischen Fraktion habe ich nichts anderes erwartet, weil der Staat bei der SPD eine ganz große Funktion hat. Die Grünen sind in den vergangenen Jahren programmatisch unter die Räder gekommen, weil sie ein besonderes Staatsverständnis haben. Aber da unterscheiden sich wohl die Grünen in Nordrhein-Westfalen von den Grünen in anderen Landesverbänden. Damit müssen wir leben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5588** den Gesetzentwurf Drucksache 14/4973 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. – Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. – Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/4973 in dritter Lesung verabschiedet.**

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zu:

4 Die AUTOmobile Wertschöpfungskette: Industrie, Handel und Dienstleistungen in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 1
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/696

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/1297

In Verbindung mit:

Automotive NRW: Eine Strategie für eine Schlüsselbranche

Große Anfrage 7
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3508

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/4264

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5711

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Eumann für die SPD-Fraktion das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ganz aktuell – deswegen ist der Zeitpunkt gut gewählt –: Wir haben seit gestern die Ergebnisse der Automobilbranche in Deutschland, und wir stellen eine Zweiteilung der Entwicklung fest. Auf der einen Seite sind wir stark im Export, auf der anderen Seite hat die Automobilindustrie in Deutschland auf dem nationalen Markt das schlechteste Ergebnis seit der Wiedervereinigung eingefahren. Licht am Ende des Tunnels deutet sich an. Die Branche rechnet dank neuer Modelle im kommenden Jahr mit einem insgesamt besseren Abschneiden.

Das zeigt: Die Automobilindustrie spielt in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Rolle, wenn es um Industrialisierung und um Innovation geht. In Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind rund 800 Unternehmen der Automobilbranche zuzurechnen. Beispiele sind die Ford-Werke in Köln, das Opel Werk in Bochum. Die Daimler AG produziert in Düsseldorf Nutzfahrzeuge. Karmann produziert in Rheine, hoffentlich noch lange für viele Beschäftigten. Deswegen wünschen wir uns, dass es bald eine gute Lösung für Karmann in Rheine gibt.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Frau Ministerin Thoben, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen setzt sich sehr für den Standort Osnabrück ein. Ein vergleichbares Engagement der Landesregierung Nordrhein-Westfalens für die Beschäftigten am Standort Rheine ist nicht zu vernehmen. Da ist Herr Wulff besser als Sie, meine Damen und Herren von der Regierung.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Köln ist der Entwicklungs- und Produktionsstandort des Toyota Formel-1-Teams. Mit Citroen, Volvo, Toyota, Renault und Mazda unterhalten weltweit tätige Automobilfirmen wichtige Distributionszentren bzw. Deutschlandzentralen in NRW. Kurzum: Die Automobilbranche ist landauf, landab vertreten. NRW ist ein wichtiges Autoland, und deswegen brauchen wir entscheidende Impulse, damit es hier weitergehen kann.

Die Automobilbranche in Nordrhein-Westfalen – das ist das Besondere – ist vor allem durch die Zuliefererindustrie geprägt. Etwa ein Drittel der deutschen Zuliefererunternehmen sind in Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Delphi, GKN, Visteon, Johnson Controls Automotive Interiors sind prominente Beispiele. Die Branche ist ungeachtet dieser weltweit bekannten Unternehmen, aber vor allem mittelständisch geprägt. 85 % der Unternehmen beschäftigen weniger als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Rund um das Kraftfahrzeug sind in Nordrhein-Westfalen 200.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.